

Luzern, 26. August 2025

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 467**

Nummer: P 467
Eröffnet: 16.06.2025 / Justiz- und Sicherheitsdepartement
Antrag Regierungsrat: 26.08.2025 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 902

Postulat Hodel Thomas Alois und Mit. über die eigenständige Teilnahme der Luzerner Regierung an der Vernehmlassung zum EU-Rahmenabkommen

Der Postulant fordert, dass sich der Kanton Luzern im eigenen Namen aktiv an der Vernehmlassung zum Paket Schweiz-Europäische Union (EU) beteiligt und seine spezifischen Interessen klar zum Ausdruck bringt. Er fordert weiter, dass sich unser Rat dabei nicht ausschliesslich auf die Position der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) abstützt, sondern eigenständig handelt.

Gemäss § 55 Unterabs. b der Kantonsverfassung ([SRL Nr. 1](#)) ist die Vertretung des Kantons Luzern gegenüber dem Bund und gegenüber interkantonalen Gremien Aufgabe des Regierungsrates. Diese Kompetenz liegt ausschliesslich beim Regierungsrat. Es obliegt somit unserem Rat, darüber zu entscheiden, ob und in welcher Form sich der Kanton Luzern im Rahmen einer Vernehmlassung gegenüber dem Bund äussert. Das freie und eigenständige Agieren bleibt dabei stets gewahrt.

Unser Rat wird sich im Rahmen der gemeinsamen Stellungnahme der KdK zum Paket Schweiz-EU aktiv einbringen. Diese Mitwirkung erfolgt eigenverantwortlich, gestützt auf die politische Beurteilung des Regierungsrates. Dies entspricht der bisherigen Praxis: In den vergangenen 20 Jahren hat sich der Kanton Luzern in europapolitischen Fragen jeweils ausschliesslich über die gemeinsame Stellungnahme der KdK positioniert und auf eine eigene Stellungnahme verzichtet. Die im Postulat genannten Themen wie das Arbeitsrecht oder die flankierenden Massnahmen betreffen alle Kantone in vergleichbarer Weise. Eine gemeinsame Stellungnahme der KdK ist politisch wirkungsvoller als die Stellungnahmen eines einzelnen Kantons.

Ungeachtet der bisherigen Praxis hat unser Rat geprüft, ob eine spezifische und besondere Betroffenheit des Kantons Luzern in einzelnen Regelungsbereichen des Pakets vorliegt. Da dies nicht der Fall ist, sehen wir von einer eigenen Stellungnahme im Namen des Kantons Luzern an den Bund ab..

Würde Ihr Rat den Regierungsrat auffordern, eine eigene kantonale Stellungnahme beim Bund einzureichen, entstünden erhebliche personelle und finanzielle Zusatzaufwände für rechtliche und fachliche Abklärungen sowie für die Koordination zwischen den beteiligten Stellen. Diese Kosten wären nicht durch einen unmittelbaren Zusatznutzen für den Kanton Luzern gerechtfertigt, da keine spezifische Betroffenheit vorliegt.

Gestützt auf die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten sowie unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen beantragen wir Ihrem Rat, das Postulat abzulehnen.